

Dienststellenausschuss &  
Gewerkschaftlicher Betriebsausschuss  
am  
BRG Wien 14  
Linzerstraße 146  
1140 Wien

## **Resolution des BRG XIV Linzerstraße zum Begutachtungsentwurf der Dienstrechtsnovelle 2013**

**Die Lehrerinnen und Lehrer des BRG XIV protestieren entschieden gegen den Begutachtungsentwurf der Regierung zur Dienstrechtsnovelle 2013.**

Dieser Protest gründet sich auf zum Teil langjährige Erfahrung jeder einzelnen Lehrerin und jedes einzelnen Lehrers verbunden mit der Sorge um die zukünftige Bildung unserer Jugend.

Diese Sorge teilen viele Menschen in Österreich mit uns Lehrenden. Es ist daher umso trauriger, dass hier ein Gesetz durchgezogen werden soll, das nicht nur eine Schlechterstellung für die zukünftigen Lehrerinnen und Lehrer bedeutet, sondern vor allem einen starken Qualitätsverlust für den Unterricht bringen wird.

Hier einige Begründungen:

- **Erhöhung der Lehrverpflichtung und Senkung der Lebensverdienstsumme**

Die Erhöhung der Lehrverpflichtung ist nicht bloß eine finanzielle Einbuße für die LehrerInnen, sondern stellt auch die Sicherung der Unterrichtsqualität in Frage!

Eine erhöhte Lehrverpflichtung bedeutet mehr Druck, weniger Zeit für individuelle Betreuung, für Einzelgespräche, für Unterstützung der einzelnen SchülerInnen.

Die geforderte Individualisierung des Unterrichts kann durch eine Erhöhung der Lehrverpflichtung nicht gewährleistet werden.

- **Abschaffung der Vergütung fast aller zusätzlichen Nebenleistungen der LehrerInnen**

In jeder anderen Berufsgruppe werden zusätzliche Leistungen auch zusätzlich bezahlt.

- **Abschaffung des Unterrichtspraktikums**

Nach jahrelangen Diskussionen wurde ein Unterrichtspraktikum geschaffen, um den zukünftigen LehrerInnen in der letzten Phase ihrer Ausbildung „größeren Praxisbezug“ zu ermöglichen.

Jetzt soll ein Teil der LehrerInnenausbildung ersatzlos gestrichen werden!

Ein Neueinsteiger soll demnach 24 Stunden unterrichten ohne wirklich betreut zu werden! Die Tatsache, dass die Politik von ihnen dann auch noch erwartet, nebenbei ihr Masterstudium zu machen, ist de facto einfach nicht möglich.

- **Für die AHS-Unterstufe – künftig statt Masterstudium Bachelorausbildung ausreichend**

Qualitativ hochwertiger Unterricht basiert darauf, dass Lehrerinnen sich ständig fortbilden, um auf dem letzten Stand der Wissenschaft zu bleiben und um die Schüler adäquat auf wissenschaftliches Arbeiten und die SKRP vorzubereiten.

Ein verkürztes Studium ist für die Unterstufe keinesfalls ausreichend! Wie können schlechter ausgebildete LehrerInnen, die noch mehr SchülerInnen betreuen, eine Verbesserung der Unterrichtsqualität bewirken?

**Das ist keine Reform - das ist ein Sparprogramm, mit dem unser Schulsystem kaputt gemacht wird.**

- Wir fordern die Anerkennung unserer qualifizierten Arbeit!
- Wir fordern eine universitäre Ausbildung für **ALLE** LehrerInnen!
- Wir fordern die Beibehaltung des Unterrichtspraktikums!
- Wir fordern eine **ECHTE SCHULREFORM**,
  - die eine Schule ermöglicht, die den Anforderungen unserer modernen Gesellschaft gerecht wird,
  - in der SchülerInnen von motivierten LehrerInnen individuell und optimal betreut werden können,
  - in der die Bildungsqualität und nicht das Sparen im Vordergrund steht.
- **Wir fordern die Regierung auf, die Verhandlungen mit der Gewerkschaft wieder aufzunehmen!**  
Schwerwiegende Dienstrechtsveränderungen an jeglicher Gewerkschaft vorbei, bedeuten Entdemokratisierung, die wir nicht dulden können!
- **Wir fordern die Regierung auf im Sinne der Zukunft unserer Gesellschaft zu handeln!**

Für den Dienststellenausschuss: Mag. Susanne Wenk

Für den gewerkschaftlichen Betriebsausschuss: Mag. Birgit Winkler